

Der oberschlesische Wanderer.

Der Wanderer erscheint wöchentlich Mittwochs
Der im Voraus zu entrichtende Bezugspreis be-
trägt bei dem eigenen Geschäftsstellen monatlich
60 Pfg., vierteljährlich 1,80 Mk. frei ins Haus,
bei allen Postanstalten vierteljährlich 1,90 Mk.

Oberschlesische Zeitung.

Es werden Inserate die Grundgröße oder deren Raum
50 mm mit 15 Pfg., die Empfindungsgröße (100 mm)
mit 20 Pfg., die Anstaltsverteilung durch die Ge-
schäftsstelle mit 40 Pfg., Belags- oder einzelne
Nummern mit 10 Pfg. berechnet.

Verlagspreis 18.

Antliches Blatt für Bekanntmachungen der kaiserlichen Behörden von Kleinw.

Telegraphenamt: Wanderer Kleinw.

Allwöchentlich das achtseitige „Illustrirte Sonntagsblatt“ als Beilage.

290.

Kleinw., Donnerstag, den 15. Dezember 1898.

71. Jahrgang.

Deutschlands Beziehungen zum Auslande.

In seiner bekannten launigen Weise hat in der Montag-Sitzung des Reichstages der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bülow uns interessante Aufschlüsse über unsere Beziehungen zu fremden Mächten gegeben, denen wir folgendes entnehmen: Die vermehrten Beziehungen im Orient streifen, fährt der Herr aus, daß trotz alledem der Friede im Orient in nächster Zeit getrübt werden wird. Dieses damit begründend, daß mit dem Wachsen und Fortdauern des türkischen Reiches das allgemeine Bewußtsein zugenommen habe und daß mit dem Umfange der Beziehungen auch die Scheu wachse, einen Krieg zu entfesseln, der unter Umständen ein Volksthum in des Wortes furchtbarster Bedeutung annehme. Was unser Verhältnis zum türkischen Reich angeht, lebten wir in Konstantinopel gar keinen besonderen Einfluß an. Sympathien, die wir in der Türkei genießen, gründen sich darauf, die Türken wissen, daß Deutschland, weil es den Frieden will, die Erhaltung und Integrität des türkischen Reiches eintritt, daß wir dem Völkerrrecht nach Völkerrrecht bleiben, auch gegenüber dem, daß wir im Orient nicht den Krieg wollen, sondern den, daß unsere wirtschaftlichen Tendenzen dort nicht der Ausbeutung, sondern der Wohlfahrt des Osmanischen Reiches gelten, und wir keine anderen Interessen verfolgen, daß wir nicht gesonnen sind, ihre berechtigten Forderungen zu durchkreuzen.

Im weiteren Verlauf der Rede, wobei er noch die Verhältnisse in Afrika und die Orientreise unseres Kaisers berührte, indessen Neues brachte, kam er dann auf die Ausweisungen fremder Nationen aus dem preussischen Staatsgebiete zu sprechen. Diese Ausweisungen könnten unsere Beziehungen zu den anderen Staaten beeinträchtigen, sie seien vielmehr ein Ausdruck unserer Souveränität, die wir von keinem Staate antastet lassen. Dadurch werden internationale Beziehungen nicht alteriert. Ueber einzelne Fälle schweben zwischen den deutschen und österreichisch-ungarischen diplomatischen Organen freundschaftliche und vertrauliche Verhandlungen, welche den Charakter jener Intimität tragen, der allgemeinen Beziehungen zu der österreichisch-ungarischen Reich charakterisiert. Der Dreibund sei nicht erschüttert worden; die Festung in Friedenszeiten, auf deren Glacis die mit jedem Jahre höher wachsen, was aber nicht hindert, im Falle des Krieges, die Festung in kürzester Zeit sturmfrei zu werden kann. Alle drei Staaten haben ihre innere Autonomie selbstständig und stehen nach außen fest zusammen. Der Dreibund beruht auf klaren und einfachen Interessen. Jeder der Teilnehmer hat das gleiche Interesse an seinem Fortbestehen, und weit entfernt ist von offensiven oder gar aggressiven Plänen, umt er am letzten Ende allen Völkern und der großen Sache europäischer Friedensgute.

Was die Handelsbeziehungen Deutschlands zu Amerika betrifft, bei dem Kabinete in Washington ein Gedankenaustrausch stattgefunden, der verschiedene prinzipielle Differenzen ergeben hat. Die Bindungen sind naturgemäß durch den spanisch-amerikanischen Krieg bis zu einem gewissen Grade gestört worden, werden aber aufgenommen werden, wie dies noch kürzlich von amerikanischer Seite versichert worden ist. Wir glauben nicht fehl zu gehen, wenn wir annehmen, daß auf beiden Seiten der gute Wille besteht, die geschäftlichen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland auch auf dem Gebiete fest zu halten. Wohin wir in der Welt, sehen wir die Regierungen von dem Bestreben erfüllt, den Frieden zu erhalten. Unsere Haltung gegenüber spanisch-amerikanischen Konflikten ist von verschiedenen Seiten kritisiert worden. Wir hatten diesem Kriege gegenüber eine doppelte Aufgabe, einmal dafür zu sorgen, daß durch diesen Krieg unsere Beziehungen zu Spanien, noch zu den Vereinigten Staaten nicht wurden. An und für sich würden wir es im Interesse der Welt und vom Standpunkte unserer Handelsinteressen aus gesehen haben, wenn dem Ausbruch des Krieges vorgebeugt wäre, der auf beiden Seiten schmerzliche Wunden gerissen hätte, jedoch alle diesbezüglichen Bemühungen gescheitert sind, blieb uns nichts anderes übrig, als den Dingen ihren Lauf zu lassen. Ein besonderes deutsches Interesse an der kubanischen Frage besteht nicht. Noch weniger waren wir zu wünschen über die Einseitigkeit, wer in diesem Streite Recht, wer Unrecht hatte, zu ermitteln. Die Aufgabe, nach beiden Seiten die lokale Neutralität zu wahren, dieser unserer Pflicht der Neutralität sind wir während dem Verlauf des Krieges mit der größten Gewissenhaftigkeit nachgegangen. In keinem Stadium des Krieges haben wir irgendwelche Tendenz zu unbefugter Einmischung gezeigt, oder auch nur den Wunsch geäußert, wir hätten die Aufgabe dahin zu wirken, daß die Schiffsahrt und der deutsche Handel während des Krieges thätig vor Schaden bewahrt bliebe. Die Erhaltung des Friedens hängt nicht von einer einzelnen Macht ab. Wir sind aber gerne der Hoffnung hin, daß es nach gelingen wird, die entgegengesetzten Kräfte, die Centripetalen, sich zu einer stabilen Sphäre vereinigen. Wie das öffentliche Leben auf sich auf der Versöhnung zwischen individuellem Eigennutz und nationalen Interessen, so beruht der Weltfrieden auf dem Ausgleich in dem berechtigten nationalen Egoismus jedes Volkes und in der ganzen Menschheit gemeinsamen Culturaufgaben. Getreu unserer Geschichte des deutschen Volkes und den großen Interessen und Interessen dessen stets ungedehnt bleiben, daß unsere Pflicht in der Schärfe unserer Schwertes, welches immer scharf ist, wo es sich um unumkehrbare Ziele und um die Aufgaben des Lebens handelt.

Deutsches Reich.

Berlin, den 14. Dezember 1898.

Dem Bundesrathe ist eine Vorlage zugegangen, die Postanweisungen eine Mindestgebühr von 10 Pfg. bei Beträgen bis 5 Mk. vorschlägt. Ferner sollen folgende neue Tarifstufen

dem jetzigen Tarif eingefügt werden: Für 400—600 Mark 0,50 Mk. und für 600—800 Mk. 0,60 Mk. Ferner soll eine Erhöhung des Meißengewichts für Baarenproben von 250 auf 350 er erfolgen und das Porto für das Gewicht von 250—350 gr 0,20 Mk. betragen.

Von den Nationalliberalen sind im Reichstage folgende Initiativanträge eingebracht worden: 1) auf Erziehung kaufmännischer Schiedsgerichte, 2) auf Abänderung der Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Kündigungspflicht im Handelsgewerbe, 3) betreffend Ausdehnung der Arbeiterschutzbestimmungen der Gewerbeordnung auf die Verhältnisse der Hausgewerbetreibenden.

Zum Falle Lauch. Wie die „Deutsche Tageszeitung“ erfahren haben will, hat das Staatsministerium als Berufungsinstitut seine Entscheidung in der Lauch'schen Disziplinarache noch nicht getroffen und auch nicht treffen können, weil ihm der Spruch des Disziplinarhofes erst in den letzten Tagen zugegangen ist. Die Entscheidung des Staatsministeriums wird nunmehr nicht mehr lange auf sich warten lassen. Im unterrichteten Kreise will man wissen, daß der Disziplinarhof die ihm unterbreitete Angelegenheit sehr viel ernster auffaßt, als dies von der Disziplinar-Kammer des Polizeipräsidiums gesehen ist, und daß voraussichtlich das Staatsministerium sich ihm anschließen wird.

Das Hypothekendarlehen-Gesetz hat, wie gegenüber der Meldung einer parlamentarischen Korrespondenz mitgeteilt wird, der Bundesrat noch nicht beschloffen, kann also auch dem Reichstage noch nicht zugehen. Es haben vielmehr noch einige Einzelregierungen, denen der Entwurf zur Begutachtung unterbreitet war, gegen manche Bestimmungen des Gesetzes, wie sie das Reichsjustizamt in Voranschlag gebracht hatte, Bedenken geltend gemacht, deren Prüfung zunächst zu erledigen ist. Bisher hat sich, wie der „Konfessionär“ erfährt, das Reichsjustizamt bereits überzeugt, daß die vielen Ausstellungen, die in der Presse und in Petitionen gegen den Gesetzesentwurf erhoben worden sind, der Berechtigung nicht entbehren, und hat daher in gewissen Beziehungen entsprechende Veränderungen vorgenommen. Im besonderen hat das Amt den genannten Sachlage, zunächst prinzipiell anerkannt, daß sich ein vollständiger Ausschluß der Besetzung von Baustellen und Neubauten als Unterlage von Hypothekendarlehen nicht mit den Anforderungen des modernen Geschäftsbetriebes und der sozialen Bedürfnisse in Einklang bringen lassen, und daher nach dieser Richtung hin den Banken gegenüber dem Vorsatze einige, allerdings unbedeutende Konzessionen gemacht.

Ueber die Ausweisungen aus Nordschleswig hat das dänische Blatt „Dejndal“ in sämtlichen Gemeinden, die von der Maßregel betroffen worden sind, Nachfragen veranstaltet. Aus etwa 15 Gemeinden fehlen noch genauere Angaben. In den übrigen Gemeinden haben 185 Personen, und zwar 95 Männer, 62 Frauen und 28 Kinder, Ausweisungsbefehle erhalten. 55 Personen sind unmittelbar nach dem Empfang der Vorladung ausgewandert, ohne den polizeilichen Ausweisungsbefehl entgegenzunehmen. 31 Personen, 6 Frauen und 25 Kinder, haben das Land mit dem ausgewiesenen Gatten, Vater oder Besorger verlassen, ohne selbst formell ausgewiesen zu werden. Insgesamt sind demnach seit dem 1. Februar 1898, abgesehen von den genannten wenigen Gemeinden, 271 Personen, seit dem 1. Oktober etwa 250 Personen ausgewiesen worden. Die Ausgewiesenen waren — bis auf 15 bis 20 Schweden und einen Norweger — ausschließlich dänische Staatsangehörige.

Aus Leipzig, 12. Dezember, wird geschrieben: Die hier bestehenden polnischen Vereine, ein Industrieverein, ein sozialdemokratischer Arbeiterverein „Brüderliche Hilfe“ und eine studentische Corporation „Unitas“, welche in enger Verbindung mit einander stehen, fühlten sich so erstickt, daß sie jetzt eine polnische Zeitung „Polak na Obczyźnie“ (Der Pole im Fremdland) herausgeben, die, unter der Redaction von Josef Jacobowski dreimal wöchentlich erscheinend und polnisch geschrieben, politische Tendenzen und gänzlich den Zweck verfolgt, die Interessen der in Sachen, dann aber auch der in den umliegenden Bundesstaaten sich aufhaltenden polnischen Arbeiter mit Entschiedenheit zu vertreten. Zur Subventionierung des Unternehmens hat sich aus den genannten Vereinen eine besondere Vereinigung gebildet. Mitglied derselben kann jeder Pole werden, welcher zehn Mark in den Zeitungsfonds zahlt. In dem Einleitungsartikel heißt es u. a.: „Die Polen, welche sich inmitten der Deutschen niederlassen, nehmen den Deutschen das slavische Band weicher ab, das die Deutschen vor Jahrhunderten sich angeeignet haben und auch jetzt noch aneignen.“ Dieser Satz, der die Tendenz der polnischen Abwanderung nach rein deutschen Gegenden offen aufdeckt und treffend charakterisiert, ist den Posener Polenblättern sehr uneben.

Oesterreich-Ungarn.

Der handelsgeographische Verein in Lemberg, welcher an der Erhebung der polnischen Industrie und insbesondere auch an der Anknüpfung ständiger wirtschaftlicher Beziehungen zu den polnischen Auswanderern arbeitet, veröffentlicht einen Aufruf, aus welchem klar hervorgeht, daß unter dem Deckmantel der Förderung der wirtschaftlichen Interessen des Polenthums lediglich der großpolnischen Propaganda neue Bahnen zu eröffnen gesucht werden. So heißt es in dem Aufruf: „Der Verein hat im Jahre 1895 den Dr. Stanislaus Klobukowski nach Südamerika geschickt, damit er die An siedelungs- und Handelsverhältnisse einer Art Organisation ins Werk zu setzen beginne. Das ausgedehnte Samenland (süd polnischen Boden); denn im Mai d. J. hat bereits der erste Polentag in Kurytyba stattgefunden. Ferner organisiert sich der Polenverband in Südamerika nach dem Muster des in den Vereinigten Staaten von Nordamerika bestehenden Nationalverbandes.“ In wirtschaftlicher Beziehung hat der handelsgeographische Verein seine Thätigkeit vor allem dahin entfaltet, indem er an der Organisation des Landes-Industrieverbandes theilnahm, welcher eine durchaus günstige Entwicklung vertritt. Ferner arbeitet der Verein daran, zwischen Galizien und dem Königreich Polen sowie den polnischen Landesstellen unter deutscher Herrschaft

ein enges materielles Band zu knüpfen, den gegenseitigen Austausch der Produkte zu erleichtern und dem Handel dieser Landestheile das Maß nationalen Handels zu geben. Zwecks Erleichterung der Handels- und sonstigen Beziehungen zum Auswandererthum und zwischen den polnischen Landen beabsichtigt der handelsgeographische Verein gegenwärtig ein Informationsbureau zu gründen, in welchem sich alle das polnische Gewerbe und den polnischen Handel im In- und Auslande betreffenden Daten gruppieren. Das wird den polnischen Firmen die Anknüpfung gegenseitiger Beziehungen erleichtern.

Frankreich.

In einer gestern in Paris abgehaltenen Versammlung des Vereines der christlichen Jugend hat der dortige englische Botschafter Sir G. Monson neuerdings eine Rede gehalten. Nachdem Sir G. Monson seine Aeußerungen bei dem jüngsten Handelskammer-Bankette bereits durch eine in der „Agence Havas“ zur Veröffentlichung gelangte Note abgeschwächt ließ und nachdem er Herrn Delcauffe gegenüber die Erklärung abgab, daß er jene Rede nur im eigenen Namen und nicht im Namen seiner Regierung gehalten hat, trat der Botschafter der Königin Victoria gestern vollends den Rückzug an, indem er das gerade Gegentheil von dem sagte, was er den englischen Kaufleuten der französischen Hauptstadt am vorigen Dienstag erklärt hatte. Zur Entschuldigung des Botschafters mag dienen, daß er am 6. Dezember nach einem Festmahle und am 12. Dezember vor einer Versammlung christlicher Jünglinge gesprochen hat. Während er am vorigen Dienstag mit Maßnahmen drohte, welche Großbritannien gegenüber der Politik der Stabilität und der Provocationen Frankreichs zu ergreifen gezwungen sein könnte, deutete Sir G. Monson gestern die Contouren einer neuen Tripel-Allianz zwischen Frankreich, England und den Vereinigten Staaten zur Sicherung der Fortschritte der Civilisation an, er versichert Frankreich seiner Sympathien und sagte, er sei glücklich, das herliche Entgegenkommen der Pariser Conferenzen zu können. Der Botschafter sprach schließlich die Hoffnung aus, daß von den Kriegsgerüchten zu Weisungen nicht mehr die Rede sein werde. Diese Wandlung im Auftreten Monson's ist zu plöblich, zu unermittelt, als daß sie ohne Bewußtsein von Downingstreet aus eingetreten sein könnte. Da auch in Frankreich allenthalben schon auf Rücksicht auf den Export nach England verbindliche Bestimmungen vorherrschen, so muß dieses Entzücken der Botschaft im Interesse des Friedens auch auf dem Continente Befriedigung hervorrufen. — Nach einem Pariser Telegramm der „Münchener Wg. Ztg.“ verlautet in dortigen Regierungskreisen, Dreyfus werde sich wahrscheinlich am 9. Januar in Gagnone nach Frankreich einschiffen.

Belgien.

Brüssel, 13. Dezember. Der General-Ausschuß der sozialdemokratischen Partei nahm den Antrag der liberalen Vereinigung auf einen Bund sämtlicher demokratischen Parteien des Landes einschließlich der christlich-sozialen, an. Dieser Beschluß wird zu einem erbitterten Kampfe zwischen ersteren und den allein juristisch bleibenden Liberalen bei den bevorstehenden Wahlen führen, da die Kräfte jetzt beiderseits sich die Waage halten.

Der spanisch-amerikanische Friede.

Madrid, 13. Dezember. Wie versichert wird, werde Ministerpräsident Sagasta die Kammer vor der Ratifizierung des Friedensvertrages auflösen. Das Journal Correo glaubt, Sagasta werde sich nicht beilen, den Frieden-Vertrag den Cortes zu unterbreiten, weil es möglich sei, daß der amerikanische Senat den Friedensvertrag, welchem ein Theil der Senatoren ablehnend gegenüberstehe, verwerfen werde.

Washington, 13. Dezember. Die Senatoren Hoar und Hale brachten im Senate von Bürgern der Staaten Massachusetts und Maine angenommene Resolutionen ein, in welchen gegen die Ausdehnung der Souveränität der Vereinigten Staaten auf die Philippinen, sowie gegen die Erwerbung fremden Landesgebietes ohne Zustimmung der dortigen Bevölkerung Einspruch erhoben wird.

Aetia.

Nach einer Meldung aus Aetia soll von den 4 Millionen, welche die vier Mächte für die kretische Verwaltung vorstrecken, der Betrag von einer Million sofort zur Wiederansiedelung der Mohammedaner in ihren alten, zum größten Theile vernachlässigten und beschädigten Wohnsitzen verwendet werden. Die Mohammedaner haben diese Anknüpfung mit Dank angenommen. Alle aus dem Innern nach Aetia geschickten Mohammedaner sollen bereits in ihre Heimathsdörfer zurückgekehrt sein, nachdem Admiral Wryblow ihnen mit einer ausgiebigen Unterstützung an Mehl und Baargeld zu Hilfe gekommen war. Ueber die Lage in Aetia, soweit sie Deutschland berührt, äußerte sich am Montag im deutschen Reichstage Staatssekretär von Bülow bei seiner Etatsrede wie folgt: „Wir haben die „Obdenburg“ aus Aetia weggenommen, weil unser Interesse an der künftigen Gestaltung der kretischen Verhältnisse lange nicht erheblich genug war, um dort die Befassung eines deutschen Kriegsschiffes zu rechtfertigen. Dazu trat die berechtigigte Vermuthung, daß die Neuordnung der kretischen Verhältnisse voraussichtlich mit erheblichen Kosten verbunden sein würde. Und endlich konnten wir uns bei der bisherigen Behandlung des kretischen Problems nicht ganz der Einsicht verschließen, daß viele Räder nicht immer den Drei verbessern. Vielleicht gelingt es drei oder vier Mächten, was der Selamtheit der Mächte trotz ihres guten Willens nicht gelungen ist, nämlich dauernde Ordnung auf Aetia zu stiften.“

Sina.

Peking, 12. Dezember. In gewöhnlich gut unterrichteten chinesischen Kreisen verlautet, die Kaiserin-Witwe beabsichtige, Luhan's Jin-Suan auf der Verbannung zurückzuberufen. Wenn diese nicht offizielle Meldung richtig wäre, so würde sie beweisen, daß die Kaiserin ihre Macht für fest begründet ansehe und die gemäßigten forschrittlichen Beamten wieder einzusetzen wünsche, um allmählich die notwendigen Reformen durchzuführen. Die Aulien der Damen des diplomatischen Corps bei der Kaiserin-Witwe wurde endgültig auf morgen festgesetzt.